

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und Vertreter\*innen der Medien

Vorweg gilt ein besonderer Dank der Kämmerei. Diese hat in letzten Wochen viel geleistet, jede Woche wurden von der Politik aus Bund und Land neue Vorgaben gemacht, die es galt, immer wieder schnell einzuarbeiten.

Nach den vorausgegangenen umfangreichen Haushaltsreden werde ich nun versuchen gleich in medias res zu gehen.

Dem Bürgerhaushalt werden wir zustimmen. Leider ist wieder deutlich geworden, dass die Bürger die Möglichkeiten der Mitbestimmung immer weniger nutzen. Die Zahl der Vorschläge ist gesunken, wie es mit dem Bürgerhaushalt weiter geht wird sich in den nächsten Wochen zeigen, wenn die Beratungen für den Bürgerhaushalt 2018 anlaufen. Der Bürgerhaushalt in seiner jetzigen Form ist für uns nichts als ein kommunales Vorschlagswesen. Was umso bedauerlicher ist, da neueste Studien zeigen, dass sich echte Bürgerbeteiligung in wichtigen Fragen für den Haushalt einer Stadt mehr als rechnet.

Wir werden dem Stellenplan zustimmen, fordern aber wie im letzten Jahr weiterhin den Verzicht auf Befristungen. Beim Thema Zuwanderung und Integration von Flüchtlingen sind Kontinuität und Stabilität eine Voraussetzung für das Gelingen. Befristungen wären in diesem Bereich kontraproduktiv. Außerdem hat das geänderte Unterhaltsvorschussgesetz ebenfalls personelle Auswirkungen. Hier geht es nicht nur darum, ausreichend Personal für die Gewährung der Zuschüsse zu haben, sondern es werden auch Mitarbeiter\*innen benötigt, die dafür Sorge tragen, dass die Zuschüsse bei dem zum Unterhalt verpflichteten Elternteil beigetrieben werden.

Wir stimmen auch dem investiven Finanzplan zu, er bleibt im Rahmen dessen, was sich Gelsenkirchen noch leisten kann, unter den Bedingungen eines Kürzungsdiktates, dass unter dem euphemistischen Begriff „Stärkungspakt“ firmiert.

Dem Haushaltssanierungsplan können wir nicht zustimmen. Er enthält immer noch die, zwar konditionierten, Erhöhungen von Grundsteuern. Gerade eine Erhöhung der Grundsteuern belastet aber jeden Bürger,

egal ob Eigentümer oder Mieter. Die Belastungsgrenze bei den Bürgern ist hier schon überschritten. Die zweite Miete: die Nebenkosten, müssen verringert und nicht ausgeweitet werden.

Im Hinblick auf die Gewerbesteuer begrüßen wir, dass nun doch ein Gewerbesteuerprüfdienst eingerichtet wurde, wie DIE LINKE schon seit Jahren forderte. Es hat sich ja bereits gezeigt, dass sich dieser auszahlt.

Um Steuergerechtigkeit zu erreichen sollte die Gewerbesteuer in ähnlicher Höhe wie die Grundsteuer erhoben werden, aber wie im Bund zeigt sich auch hier in der Kommune, dass die Bürger\*innen stärker belastet werden sollen als die Wirtschaft.

Ein weiterer Blick in die Zahlen zeigt, dass Ergebnisprognosen der Beteiligungen eingesetzt wurden, die, vorsichtig ausgedrückt, zumindest zweifelhaft sind. Es werden hohe Gewinne bei den Stadtwerken und der Sparkasse herbeiphantasiert. Woher sollen die hohen erwarteten Gewinne in der jetzigen Niedrigzinsphase kommen? Gerade die Situation im Energie- und Bankensektor ist verheerend. Bei den Stadtwerken liegen die Giftpillen Bäder und Zoom, die dort zu erwartenden Verluste, werden die Stadtwerkebilanz auf Dauer belasten.

Gelsenkirchen befindet sich in einer dramatischen Haushaltssituation. Es muss mit einem Verlust von über 38 Millionen gerechnet werden. Zudem liegen noch Risiken in hohem Maße im Plan, die aber vor allem einer grundlegend falschen Politik auf Bundes- und Landesebene geschuldet sind. Diese Risiken zu beziffern gleicht dem Blick in die berühmte Glaskugel. Stichwort: IFO-Index.

Dieser Staat braucht Einnahmen, um auch den Kommunen einen gerechten Anteil an Steuern überlassen zu können, damit gerade Kommunen wie Gelsenkirchen, die einen dramatischen Strukturwandel mitgemacht haben, ihre immer umfangreicheren Aufgaben auch erfüllen können. Wir fordern daher seit Jahren eine Vermögenssteuer, die dann auch ihren Namen verdient, aber dazu kann sich die Groko nicht durchringen. Traurig.

Die Fehlentwicklungen in der Arbeitswelt haben in geradezu katastrophaler Weise zugenommen. Befristungen, Leiharbeit und Minijobs sind auf dem Vormarsch. Unionbusting hat sich zu einem neuen Geschäftsfeld für Rechtsanwälte entwickelt. Ein Viertel aller Arbeitnehmer arbeitet im Niedriglohnsektor. Anno 89 hatte die SPD noch ein Verbot von Leiharbeit in ihrem Programm. Lang, lang ist's her.

Das Normalarbeitsverhältnis ist nicht mehr die Regel, immer mehr Menschen können von ihrem Lohn nicht mehr leben und müssen Aufstockerleistungen in Anspruch nehmen, die den Gelsenkirchener Haushalt belasten. Die Verhandlungen über die Erhöhung des Mindestlohnes kann man angesichts des mageren Ergebnisses eigentlich nur noch als Farce bezeichnen.

Den Kommunen wird durch die Regierungsparteien CDU und SPD ein brutales Kürzungsprogramm auferlegt, während man es Milliardenerven gleichzeitig ermöglicht fast steuerfrei ihre sogenannten Familienunternehmen weiter zu vererben.

Die Politik der Schwarzen Null wird entgegen jeglicher Vernunft und gegen den immer stärker werdenden Widerstand von Bürger\*innen, IWF und dem Ausland weiter durchgezogen. Die Einführung einer vom Grundgesetz vorgesehenen Vermögenssteuer lässt weiterhin auf sich warten und dies angesichts einer immer stärkeren Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich.

Auch der kreativen Steuergestaltung von Konzernen und dem Steuerbetrug sind weiterhin Tür und Tor geöffnet. Jedes Jahr verliert Deutschland durch derartige Manipulationen ca. 100 Milliarden Euro, Geld das im Endeffekt auch Gelsenkirchen fehlt.

Und nun kommt unser Beitrag zur Marmelade-Debatte aus dem HFBP:

Als LINKE fordern wir die Entschuldung der Kommunen und eine vollständige Gegenfinanzierung der Folgekosten von Arbeitslosigkeit. Arbeitslosigkeit ist in diesen Dimensionen ein strukturelles Problem, nicht die Folge persönlichen Versagens des einzelnen Arbeitslosen oder der Gemeinde. Nicht zu hohe Ausgaben sind das Problem, sondern zu niedrige Einnahmen. Wir brauchen ein sozial gerechtes Steuersystem. Gewerbesteuererträge müssen vollständig bei den Kommunen verbleiben.

Einiges läuft aber auch auf Landesebene schief.

Wenn beim LWL in den letzten Jahren die Hebesätze nicht erhöht wurden, weil man sich bis an die Oberkante verschuldet hat, dann darf man jetzt nicht überrascht sein, wenn sich der Hebesatz drastisch erhöht, weil neue Kredite nicht mehr aufgenommen werden dürfen. Risiko für unseren Haushalt: 2 Millionen.

Eine vollständige Erstattung der Kosten der Unterkunft für Flüchtlinge und Hilfen für Asylbewerber muss durch Bund und Land auch für die Zukunft sichergestellt werden. Dies würde den Haushalt deutlich entlasten. Da sind CDU, SPD und GRÜNE gefordert! Diese Parteien sitzen in Bund und Land in Verantwortung, wir erwarten mehr Anstrengungen von ihnen zur Erreichung dieser Ziele. Risiko für unseren Haushalt: bis zu 8 Millionen. Eines ist sicher: Wir können es uns nicht leisten, dass die Integration der zu uns geflüchteten Menschen misslingt.

Die soziale Spaltung in unserem Land muss endlich ein Ende haben, und die Kommunen brauchen endlich eine auskömmliche Finanzausstattung, um Gestaltungsspielräume nutzen zu können.

Die Linksfraktion wird trotz aller vorgetragenen Bedenken dem Haushalt zustimmen, wenn auch zähneknirschend.

Martin Gatzemeier für DIE LINKE

Es gilt das gesprochene Wort

Gelsenkirchen, den 01. Dezember 2016